

Friedensstadt, Rüstungskonversion, Zivilklausel

– ein Positionspapier

Das Positionspapier wurde bei der Augsburger Stadtwerkstatt für ein Stadtentwicklungskonzept vom 22. bis 24. November 2012 im Zeughaus¹ vorgelegt. Es wurde im Workshop Frieden, Rüstungskonversion und Kommune gegen Rechts behandelt und dort im wesentlichen gebilligt. Das Positionspapier wurde gegenüber der dort vorgelegten Fassung lediglich um einige Anmerkungen ergänzt. Die Erstveröffentlichung erfolgte erfreulicherweise durch die Initiative Friedliche Uni Augsburg friedliche-uni-augsburg.blogspot.de zu Anfang des neuen Jahres 2013.

Zur Ausgangslage

Im „Handlungsprogramm Nachhaltigkeit“, vom Stadtrat im Juni 2004 verabschiedet, wird in der Leitlinie B7 als „Ziel“ formuliert, Augsburg müsse „als »Stadt des Friedens« Profil entwickeln“. (Handlungsprogramm, S. 31). Das Friedensziel im Nachhaltigkeitsprogramm ist zu allgemein, es muss verbindlicher formuliert und belastbar werden. Allerdings hat der Stadtrat damit auch einen Auftrag beschlossen, nämlich „Profil [zu] entwickeln“. Seit dem ist – so wie ich meine – Einiges in Gang gekommen, das zur Profilentwicklung beiträgt oder beitragen könnte.

Die Auseinandersetzung an der Universität um eine Zivilklausel, mit der jede Zusammenarbeit der Universität mit der Bundeswehr und Forschungsaufträge des Bundesverteidigungsministeriums oder von Rüstungskonzernen ausgeschlossen werden sollen, geht weiter und hat auch schon den Stadtrat erfasst. In zwei Stellungnahmen zum Flächennutzungsplan und zum Bebauungsplan des Innovationsparks bei der Universität hat sich das Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung kritisch gegen das Wirken von Rüstungskonzernen auf dem Innovationspark positioniert und die Stadt aufgefordert, solche Aktivitäten nicht zu fördern.

Die bundesweite Kampagne gegen die Rüstungsexporte Deutschlands ist auch in Augsburg angekommen und spielte zum Beispiel beim Friedensfest eine Rolle: Margot Käßmann predigte und übte öffentlich Kritik an den Rüstungsexporten. Die Ausrichtung des Rahmenprogramms des diesjährigen Friedensfestes durch das städtische Büro für Frieden und Interkultur, unterstützt durch Wissenschaftler der Universität, war ein echtes Novum. Besonders sei hier die Ausstellung in der toskanischen Halle erwähnt: „Zu viel Panzer, zu wenig Hirn: Kunst für den Frieden – Positionen aus sechs Jahrzehnten.“ Hier sah man nicht nur politische Plakate von Klaus Staeck, die zum Beispiel gegen den „Zweckverband der Rüstungsindustrie“ agitierten, sondern auch einen Sticker der DFG-VK-Ortsgruppe Augsburg mit der Aufschrift Fuck the Army – allerdings aus den achtziger Jahren. Auch Maler wie Klaus Zöttl und Jörg Scherkamp, der immerhin prominentes DKP-Mitglied war, waren mit Bildern gegen den Krieg vertreten.

Beinahe wäre also die Panzerproduktion ins Gerede gekommen, die bei Renk stattfindet. Und das organisiert durch das städtische Büro für Frieden und Interkultur! Auf der anderen Seite verwendet die Stadt ausgerechnet Manfred Hirt als Sprecher des Kompetenzrates für den Innovationspark. Manfred Hirt war lange Jahre Vorstandsvorsitzender der Augsburger Renk AG, einer Rüstungsschmiede des MAN-Konzerns, die u.a. Getriebe für Fregatten und Panzer baut. 2007 wurde Manfred Hirt in Frankreich zu 18 Monaten Haft auf Bewährung und 100.000 € Geldstrafe verurteilt wegen einer Schmiergeldaffäre um ein deutsch-französisches

¹ Siehe dazu den Bericht über die Auftaktveranstaltung für ein Stadtentwicklungskonzept unter http://www.forumaugsbuerg.de/s_laktuelles/2012/11/12_stek-veranstaltung-vortrag-alexander-jungmann.pdf. Eine Dokumentation der gesamten Stadtwerkstatt für ein Stadtentwicklungskonzept mit allen Workshops und ihren Ergebnissen folgt.



Panzergeschäft. Zurzeit ist er stellvertretender Vorsitzender des Förderkreises des Deutschen Heer – und wie gesagt – Sprecher des Kompetenzrats des Innovationsparks.

Auch die Ausstellung „Amerikanisches Leben in Augsburg“, die vom Fach Geschichte der Universität Augsburg und vom Europäischen Kulturinstitut getragen wird, stellt eine neue Tendenz dar. In ihr wird nicht nur die Halle 116 als ehemaliges KZ-Außenlager auf dem Sheridan-Gelände gewürdigt, sondern auch der antimilitaristische Widerstand in der Stadt, wie er sich zum Beispiel 1958 beim Faschingsumzug gegen die atomare Bewaffnung zeigte (s. Bild auf S. 2) oder bei Demonstrationen und Sitzblockaden gegen den Vietnamkrieg 1968.

Auch in jüngerer Zeit gab es immer wieder friedenspolitische Initiativen in der Stadt. Dabei gingen die Impulse oft von der Universität aus. So dokumentiert das Universitätsarchiv Augsburg z. B. Flugblätter der „Friedensinitiative Augsburger Studenten“ aus den Jahren 1981-1990. Aus dieser Initiative ging später die „Friedensinitiative Augsburger Hochschulangehöriger“ hervor, von der im Universitätsarchiv eine Publikation aus dem Jahre 1986 vorhanden ist.

Im Jahre 1995 wurde das „Forum für interkulturelles Leben und Lernen“ FiLL gegründet. Gründer war Helmut Hartmann, Träger des Augsburger Friedenspreises 2003. Die Gründung von FiLL in Augsburg war auch der Versuch, die Traditionen der Stadt Augsburg als Friedensstadt nicht der Geschichte zu überlassen, sondern sie für die gegenwärtigen Herausforderungen der Integration der ausländischen Mitbürger in die Gesellschaft fruchtbar werden zu lassen – so heißt es in einer Eigenbeschreibung von FiLL.²

Im Jahr 2001 gründete sich die Augsburger „Initiative Friedens- und Konfliktforschung“ IFK an der Universität. Dies geschah auf Initiative von Helmut Hartmann, dem Gründer von FiLL e. V., der auch den von der Universität und der Stadt gemeinsam getragenen „Augsburger Wissenschaftspreis für Interkulturelle Studien“ gestiftet hat. Die IFK nahm sich vor, die zahlreichen Forschungsprojekte in den verschiedensten Fachbereichen an der Universität Augsburg zusammenzuführen und den interdisziplinären Austausch von Ideen und Konzepten zu ermöglichen und zu fördern. Thematisch konzentrierte sich die IFK auf die beiden Bereiche „Migrations- und Integrationsfragen“ sowie „Ressourcenmangel und globale Gerechtigkeit“, um in diesen Bereichen in einem fachübergreifenden Dialog neue Akzente zu setzen.

² http://www.fill.de/index.php?option=com_content&view=article&id=164&Itemid=103

Im Jahr 2002 organisierte Professor Ulrich Eckern mit der IFK an der Universität ein interdisziplinäres Symposium zur Friedensforschung mit bundesweiter Beteiligung. Dabei ging es um die Beiträge verschiedenster Disziplinen zum Thema, um historische, juristische, naturwissenschaftliche, ökonomische, politische, soziologische, theologische sowie interkulturelle Ansätze. Die Ergebnisse des Symposiums sind in einem Tagungsband vom VS-Verlag publiziert.³

Im Jahr 2003 fasste der Augsburger Stadtrat einen wichtigen Beschluss gegen den Irakkrieg und verurteilte einen „völkerrechtswidrigen Präventivschlag“ gegen den Irak. Die Stadt Augsburg solidarisierte sich mit einer Antikriegsresolution ihrer Partnerstadt Dayton und schloss sich der weltweiten Kampagne „Cities for Peace“ an. Die amerikanischen Städte wandten sich in dieser Kampagne gegen den militärischen Überfall auf den Irak, stellten die Begründung, der Irak habe Massenvernichtungswaffen, infrage und forderten, dass die hierfür verwendeten Gelder in dringend erforderliche soziale Programme fließen sollten.

Ebenfalls im Jahre 2003 verlieh die Stadt der Widerstandskämpferin und radikalen Gegnerin von Krieg und Wiederaufrüstung, Anni Pröll, die Ehrenbürgerschaft.

Im Jahre 2004 schloss sich der damalige Oberbürgermeister Wengert den „Mayors for Peace“ an. OB Gribl erneuerte die Mitgliedschaft in dem weltweiten Städtebündnis, das sich, angeführt von Tadatoshi Akiba, Mayor of Hiroshima, für eine atomwaffenfreie Welt bis zum Jahr 2020 einsetzt. Diese Mitgliedschaft des Augsburger Oberbürgermeisters bei Mayors for Peace ist im Grunde ein schreiender Widerspruch zur Tatsache, dass die Stadt gleichzeitig Produktionsstandort für einen Nuklearbomber ist. Der Torndao IDS, der von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, einer Vorläuferfirma von EADS/Premium Aerotec, gebaut wurde, ist ein Mehrzweckkampfflugzeug, konzipiert auch für die Rolle „konventioneller und insbesondere nuklearer Luftangriff“ (Wikipedia). Erst vor kurzem hat sich der Vizepräsident von Mayors for Peace, der Oberbürgermeister von Hannover, auch im Namen von 400 weiteren deutschen Mitgliedsstädten in einem offenen Brief an den Bundesaußenminister gewandt, sich bei der Münchner Sicherheitskonferenz für den Abzug von Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen.

Erwähnt sei auch noch die große Kampagne Pax 2005.

Im September dieses Jahres fand unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters und der Präsidentin der Universität ein Symposium mit der hochinteressanten Themenstellung „Friedensstadt heute – Augsburg vor neuen Aufgaben“ statt. Schlüsselpersonlichkeiten aus zentralen Gesellschaftsbereichen – Politik, Wissenschaft, Bildung, Wirtschaft, Kultur, Gesundheit, Schule, Sicherheit, Sport, Religion, Arbeit und Soziales, Gewerkschaft und Jugend – referierten ihre Sicht auf die Friedensstadt im Kontext ihrer Arbeit und Funktion. Der Schwerpunkt wurde bei diesem Symposium allerdings auf die Herausforderungen einer pluralistischen Stadtgesellschaft angesichts eines 40-prozentigen Migrantinnen- und Migrantenteils gelegt. Es ging um die Erörterung einer gleichberechtigten Teilhabe der in Augsburg lebenden Migrantinnen und Migranten an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Diese hier nur knapp und keineswegs vollständig skizzierten Tendenzen in der Stadt bieten meines Erachtens Ansatzpunkte, das Leitbild Friedensstadt Augsburg zu konkretisieren und ermutigen uns dazu. Vor allem habe ich das Augenmerk auf städtische Aktivitäten – oft im Verbund mit der Universität – gelegt. Von den zivilgesellschaftlichen, antimilitaristischen Aktivitäten auf der Ebene der Stadt, von den Ostermärschen, den Friedenskundgebungen und Antikriegsdemonstrationen sowie den jährlich von der Augsburger Friedensinitiative organisierten Friedenswochen im November und den Fahrradtouren der Deutschen Friedensgesellschaft direkt zu den Rüstungsbetrieben sei hier gar nicht die Rede. Es geht hier vor allem um die offizielle Richtung der *Stadt*, wie kann sie Kurs aufnehmen? Was *kann* die Stadt tun, was *soll* sie tun und was *muss* sie tun?

³ <http://www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/86243/>

Probleme

Ein Problem sehe ich darin, die Friedensstadt vor allem über den Religionsfrieden bzw. das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen zu definieren. *Erstens* wird dabei oft der Augsburger Religionsfrieden historisch verbrämt. Der Religionsfrieden waren nämlich gar nicht so friedlich und die Augsburger Parität, die seit 1649 galt, brachte den beiden großen Konfessionen zwar Gleichberechtigung, aber nur, solange andere ausgeschlossen blieben. Diese Tradition setzt sich bis heute fort, wenn das genannte „Hohe Friedensfest“ immer noch exklusive ökumenische Züge hat.⁴ *Zweitens* – so wichtig die interkulturelle Verständigung, Gleichberechtigung und Anerkennung der Differenz sind – besteht doch die Gefahr, den Frieden vor allem innerhalb der Stadtbevölkerung zu suchen oder auch zu problematisieren. Ein bisschen so, als ob der Unfrieden zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen bestehen könne oder dort seine Wurzeln habe. Dabei können *drittens* der Krieg und die Militarisierung aus dem Blickfeld geraten.⁵

Ein weiteres Problem sehe ich darin: Solange Augsburg und der Großraum ein Eldorado der Rüstungsindustrie ist, bleibt der Anspruch Augsburgs als Friedensstadt eine Farce. Was hier an tödlichen Waffen und militärischem Gerät produziert wird, von der Bundeswehr bei Auslandseinsätzen verwendet wird oder vermehrt auch für die Ruhe an der Heimatfront gedacht ist oder für lukrative Exportgeschäfte in alle Welt dient – ist eine *schwere* Belastung für alle Friedenstendenzen in der Stadt. Es handelt sich dabei auch um eine fast nahtlose Fortsetzung von unseligen wehrtechnischen Traditionen, die bis auf den Ersten Weltkrieg und dessen Vorbereitung zurückgehen.

Natürlich wäre die Aufgabe der Rüstungsproduktion in Augsburg ein gewaltiger Strukturbruch bzw. eine nicht unerhebliche Strukturänderung. Aber der Niedergang der Textilindustrie in der Stadt, den der Weltmarkt erzwungen hat, musste und konnte ja auch verkraftet werden. Außerdem denken wir ja nicht daran, Betriebe, Betriebsteile, Konzernteile einfach platt zu machen, sondern wir denken an *Konversion*.

Hier steht natürlich die Frage im Raum, wie man eine solche Konversion bewerkstelligen könnte.

Innerbetriebliche Bewegungen oder die Gewerkschaften dürften hierbei zunächst weniger hilfreich sein, denn der Hauptvorstand der IG Metall zum Beispiel mit der Abteilung Wehrtechnik und die Betriebsräte in den entsprechenden Betrieben stehen in der Regel zunächst hinter der Rüstungsproduktion um sogenannter Arbeitsplätze willen. Auch die Stadtverwaltung und namentlich das Wirtschaftsreferat scheinen bedingungslos hinter den Rüstungskonzernen zu stehen, in der trügerischen Hoffnung, damit eine positive wirtschaftliche Entwicklung im Raum Augsburg zu fördern.⁶

Das Argument mit den Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie ist komplex und meist trügerisch. Wir wollen hierzu vier Gesichtspunkte anführen.

Erstens: Die Stilllegung spezifischer Rüstungsproduktion würde die Belegschaften natürlich mit dem Verlust dieser Arbeitsplätze konfrontieren. Aber die überraschende Insolvenz von Manroland konfrontierte die Belegschaft ebenso mit einer drastischen Reduzierung. Auch hier wären Strukturüberlegungen dringend nötig –

⁴ Das ursprünglich rein protestantische Friedensfest wird seit 1984 offiziell von der katholischen Kirche mitgefeiert. Es ist bis heute ökumenisch geprägt, d.h. organisiert in Zusammenarbeit der christlichen Kirchen. Inzwischen gibt es eine Tendenz, zum Beispiel über den Runden Tisch der Religionen auch andere Glaubensrichtungen mit einzubeziehen. Bei Pax 2007 gab es zum Beispiel im Festprogramm nur ein Grußwort des Oberbürgermeisters, des katholischen Stadtdekans und der evangelischen Stadt Dekanin. Erst im Kuratorium waren dann unter anderen auch Vertreter des jüdischen, buddhistischen, islamischen und alevitischen Glaubens dabei, aber kein Vertreter der Konfessionslosen. Der gesetzliche Feiertag am 8. August gilt natürlich seit 1950 für alle Menschen im Augsburger Stadtkreis.

⁵ So lautet eine Formulierung auf der Homepage der Stadt Augsburg zum Beispiel: „Die vielfältigen Friedens- und interkulturellen Kulturprojekte der „Friedensstadt Augsburg“ setzen sich künstlerisch-ästhetisch, kultur- und bildungspolitisch, soziokulturell und theoretisch-wissenschaftlich mit der kulturellen, religiösen und ethnischen Vielfalt in unserer Stadtgesellschaft auseinander.“ <http://www.augsburg.de/index.php?id=4835> Die Rüstungsproduktion in der Stadt und die direkte oder indirekte Vorbereitung von verfassungswidrigen und völkerrechtswidrigen Auslandseinsätzen kommen so kaum ins Blickfeld.

⁶ Siehe zum Beispiel die knallharte Position des Vertreters des Wirtschaftsreferats der Stadt Augsburg, Herr Bayerle, auf der Podiumsveranstaltung an der Universität zum Innovationspark im Mai http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/120607_podiumsdiskussion-uni-innovationspark-2/artikel2.pdf

und zwar vorausschauend. Dass der Weltmarkt für Druckmaschinen um ein Drittel geschrumpft ist und dies Folgen für die Produzenten hat, war seit Jahren absehbar. Es stünde also ganz generell eine Änderung der Wirtschafts- und Strukturpolitik an, nicht nur für die Rüstungsbranche.

Zweitens: Zum Teil veranstaltet die Rüstungsbranche selbst große Stilllegungen, entweder die Rüstungsunternehmen oder das Verteidigungsministerium. So sieht es zurzeit so aus, dass die Großdrohne Talarion, die EADS/Cassidian in Manching, sicher aber auch ganz wesentlich in Augsburg, bauen will, gestoppt wird. Es ist noch nicht so lange her, da hat die bayerische Staatsregierung das Projekt Talarion als das wichtigste industrielle Projekt Bayerns bezeichnet.

In der Online-Ausgabe des Handelsblatts vom 24.11.2011 kann man lesen:

„Die IG Metall will mit Hilfe von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) die Rüstungssparpläne von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) verhindern. Konkret geht es um die Aufklärungsdrohne Talarion der EADS-Rüstungssparte Cassidian, deren Beschaffung für de Maizière offenbar keine Priorität mehr hat. »Wird die Streichliste von de Maizière umgesetzt, dann wird auf das unbemannte Flugsystem Talarion verzichtet und es wird in Deutschland zukünftig keine Produktion und keine Entwicklung von militärischen Flugzeugen mehr geben«, sagte der EADS-Beauftragte der Gewerkschaft IG-Metall, Bernhard Stiedl, Handelsblatt online. Dies bedeute dann den Verlust von 25.000 Arbeitsplätzen in Deutschland. Die EADS-Tochter Cassidian im bayerischen Manching ist der größte deutsche Standort des Rüstungsunternehmens.“⁷

Nur an die Stilllegung von Rüstungsarbeitsplätzen zu denken, greift zu kurz. Man muss auch Fragen, warum diese Rüstungsarbeitsplätze überhaupt geschaffen wurden und ob man nicht stattdessen andere Arbeitsplätze hätte schaffen können und müssen. Die Arbeitsplätze, die für die Drohne Talarion „geschaffen“ wurden, waren sehr riskante Arbeitsplätze, die perspektivisch von Anfang an gefährdet waren. Ein weiterer Aspekt, der aus dem Handelsblatt-Artikel hervorgeht, ist fast noch beachtlicher. Der Gewerkschafter von der IG Metall stellt die gesamte Produktion militärischer Flugzeuge in Deutschland infrage, wenn Talarion gestoppt werde. Dahinter steht natürlich der Gedanke, dass in Zukunft keine Kampfflugzeuge, sondern nur noch Drohnen und Kampfdrohnen gebaut werden. D.h., wir stehen hier sowieso an einem Wendepunkt, ob Deutschland überhaupt noch militärisches Fluggerät bauen wird und bauen soll. Das bedeutet, dass wir vielleicht zurzeit an einem historischen Punkt stehen und in Bezug auf die Flugzeugindustrie sich die Chance für eine zivile Wende, eine echte Kursänderung auftut. Ein weiterer Gesichtspunkt, der im Handelsblatt genannt wurde, ist auch wichtig. Insgesamt soll es sich in der Branche für militärische Flugzeuge nur um 25.000 Arbeitsplätze in Deutschland handeln, was eine vergleichsweise geringe Zahl ist.

Drittens: Ganz konkret geht es in Augsburg z. B. auf dem – auch rüstungslastigen – Innovationspark um eine starke Rationalisierung der Produktion von Carbonfaser-Verbundstoffen. Damit werden bedingt Arbeitsplätze geschaffen. Denn es ist offen erklärtes Ziel, die Produktion von Carbon-Verbundstoffen mit dem Innovationspark zu rationalisieren und zu automatisieren. Bisher ist die Herstellung von Faserverbundstoffen sehr aufwendig und arbeitsintensiv. Genau das soll mit dem Innovationspark geändert werden, um mit bedeutend weniger Aufwand zu höheren Stückzahlen und Serienproduktionen zu kommen.

Viertens: Man muss hier auch an die Vergangenheit erinnern. Ein gigantischer Boom der Rüstungsproduktion in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts führte nicht etwa zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung der Stadt, sondern zu ihrer Bombardierung und ihrem Zusammenbruch. Man kann auch daran erinnern: Solange Militär und Militärproduktion bis Mitte der 50er Jahre in Westdeutschland verboten waren, wusste die Belegschaft von Messerschmitt Mittel und Wege, andere Dinge für das zivile Leben zu produzieren. Die Firma Messerschmitt hatte übrigens in den 50er Jahren nach der Remilitarisierung Probleme, Arbeiter und Facharbeiter zu bekommen – wegen ihres schlechten Rufes, der noch aus der gnadenlosen Militärproduktion während der NS Zeit herrührte.

⁷ <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/drohne-talarion-ig-metall-kaempft-fuer-ruestungsprojekt-seite-all/5882720-all.html>

Auch heute ginge es darum, Militarismus und Militärproduktion zu ächten. In gewisser Weise geschieht das zurzeit durch die Kampagne gegen die tödlichen Waffenexporte. Man muss von der Stadt verlangen, dass sie keine Militärproduktion fördert – da wäre schon sehr viel gewonnen – und dass sie auch keine Militärforschung fördert, wie sie teilweise im Innovationspark vorgesehen ist. In dieser Hinsicht bräuchte die Stadt eine Zivilklausel.

Zu einem Stadtentwicklungskonzept würde es gehören, eine solche Wirtschaftsstruktur zu erörtern, anzustreben und mit städtischen Mitteln und Einrichtungen zu fördern, die auf Rüstungsproduktion komplett verzichtet. Damit könnte sich die Stadt wirklich mal ein Alleinstellungsmerkmal erobern, das auch bei anderen Kommunen in Deutschland Schule machen könnte. Das wäre durchaus möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre. Um den politischen Willen dafür aufzubringen, bedarf es der Politik, die eine bestimmte Richtung einschlägt bzw. eine zivile Kursänderung vornimmt. Hier wären dann neben der ganzen Bevölkerung auch die Parteien gefragt.

Thesen und einzelne Forderungen

- die Stadt dürfte Ausbildungsmessen wie „Horizon“ nicht unterstützen, zum Beispiel durch die Schirmherrschaft des OB. Die Stadt könnte auch als Besitzer der Messehallen und der Messegesellschaft nur Messen zu lassen, an denen die Bundeswehr *nicht* teilnimmt.
- die Stadt müsste die Patenschaft mit dem Kriegsschiff Fregatte Augsburg aufgeben
- die Stadt könnte die Grundstücksvergabe auf dem Gelände des Innovationsparks so regeln, dass Firmen, die dort Militärforschung oder Militärproduktion bezwecken, nicht zum Zuge kommen
- die Stadt könnte und sollte ihre Mitgliedschaft in den internationalen Städtebündnissen, insbesondere bei *Mayors for Peace*, aktiv wahrnehmen. Die Ächtung von Atomwaffen würde auch EADS betreffen, die am französischen Atomwaffenprogramm beteiligt ist
- falls die Bundesregierung die nukleare Teilhabe fortsetzt, steht eine Modernisierung des Tornado für die neuen US-Bomben oder eine Umrüstung des Eurofighters zum Nuklearbomber ins Haus. Diese würde voraussichtlich auch über Premium Aerotec laufen. Auch hier müsste sich die Stadt als Mitglied von *Mayors for Peace* deutlich positionieren
- es geht nicht an, dass der Oberbürgermeister die Schirmherrschaft für Rekrutengelöbnis auf dem Rathausplatz übernimmt oder für Militärkonzerte der Bundeswehr, und die Stadt da womöglich noch einen Teil der Kosten übernimmt
- es würden auch einige Straßenumbenennungen anstehen, vor allem im Universitätsviertel. Hier erinnern noch manche Straßen an Naziflieger und Nazioffiziere
- der Auftritt von Bundeswehroffizieren in Augsburger Schulen, vor allem in städtischen Schulen, sollte von vornherein durch das Schulamt ausgeschlossen werden
- ein Unding ist es, dass der Integrationsbeauftragte der Stadt, der eine Stabsstelle im OB Referat innehat, im Namen des Integrationsbeirat immer wieder zu Militärveranstaltungen in der Lechfeldkaserne einlädt⁸. Dies müsste unterbunden werden
- der Auftritt des Marinevereins mit einem eigenen Stand beim Frühlingsfest des Integrationsbeirats, der nur den Zweck hat, Propaganda für die Fregatte Augsburg zu machen, wie schon mehrfach geschehen, müsste unterbunden werden

⁸ Es handelt sich in der Regel um Veranstaltungen der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik im Offiziersheim der Lechfeldkaserne in Lagerlechfeld. Die Sektion Augsburg – Lechfeld dieser Gesellschaft wird von Dr. Walter Laudes, Oberstleutnant a.D., geleitet, die Geschäftsstelle in Untermeitingen führt Rolf Habel, Oberstleutnant a.D.

– Die Bestrebungen der Studenten an der Universität für eine Zivilklausel, die Rüstungsforschung und Militäraufträge an der Universität nicht zulässt, sind ein Gewinn für die städtische Zivilgesellschaft. Die Stadtverwaltung sollte solche Bestrebungen unterstützen oder zumindest beobachten und gegebenenfalls „begleiten“, wie ein Beschluss des Wirtschaftsausschusses vom Februar 2012 lautet.

Schluss

Ihr seht, es gäbe sehr viele Punkte, die die Stadt unmittelbar angehen könnte. Die Sache mit dem Umbau der Wirtschaftsstruktur für eine rein zivile Produktion wäre natürlich nicht so einfach und sicher nur Zug um Zug zu verwirklichen. Aber gerade der Diskurs über ein Stadtentwicklungskonzept und die Planungerörterungen bieten die Chance, dieses schwierige Thema kompetent und realistisch anzugehen, wenn alle dafür infrage kommenden Kräfte, Stellen und Institutionen einbezogen werden.

Selbstverständlich ist mir klar, dass ganz wesentliche Dinge, die Rüstungsaufträge und Militär betreffen, nicht auf kommunaler Ebene geregelt werden können – da sie wohlweislich auf höchster Ebene angesiedelt sind. Dennoch sind die Spielräume der Kommune weit größer, als sie genutzt werden. Man muss fast sagen, die offizielle kommunale Politik in Augsburg im Bereich Wirtschaft und Finanzen nutzt die Spielräume überhaupt nicht und scheint auch gar nicht gewillt dazu. Wenn auf kommunaler Ebene hier in Richtung Pazifismus etwas angeschoben und bewegt werden kann, würde das allerdings bundesweit ausstrahlen und Aufsehen erregen. Auch der Weg, der zu einer Änderung der zentralen Militärpolitik führt, kann auf der örtlichen Ebene beginnen. Da Konversionsdebatten auf betrieblicher Ebene bei den herrschenden Verhältnissen erfahrungsgemäß nicht viel fruchten⁹, ist es umso dringender, die Rüstungskonversion auf kommunaler Ebene anzugehen.

Peter Feininger

⁹ s. z. B. den Artikel: Rüstungskonversion in Augsburg. Sie wollten „vom Tornado in die Umwelttechnik“... und landeten beim Eurofighter http://www.forumaugsburg.de/s_2kommunal/Friedensstadt/040909_konversion3/index.htm